



## Heute schon demonstriert?

Ob die unter Lützerath liegende Braunkohle gebraucht wird, um unsere Energieversorgung sicherzustellen, weiß ich nicht. „Keep it in the ground“ hat **Greta Thunberg** auf ein Pappschild gemalt und empört sich über die Polizeigewalt gegen die Demonstranten. Über das Verhalten der Demonstranten gegenüber der Polizei verliert sie kein Wort.

Der Rechtsstaat funktioniert nur, wenn sich alle an die Spielregeln halten. Dass Lützerath abgebaggert werden darf, ist rechtens. Dass das Dorf von Demonstranten besetzt wird, ist es nicht. Wenn in einem Rechtsstaat jemand nicht akzeptiert, dass die Polizei das, was rechtens ist, durchzusetzen hat, hat dieser jemand ein Demokratieverständnisproblem. Genug der Binsenweisheiten.

Rund 100 Menschen lebten in dem Dorf. 2006 begann die Umsiedlung, 2022 verließ der letzte offizielle Einwohner das Dorf. (ZDF)



Im August 2016 hatte ich Gelegenheit, mir unter anderem in Welzow-Süd (Foto) den Braunkohleabbau aus nächster Nähe anzuschauen. „Der Tagebau fordert auch Opfer“, erklärten mir meine Begleiter bei der Rundfahrt. „Immer wieder verschwinden ganze Dörfer von der Landkarte. Aber, sie tauchen einige Kilometer entfernt wieder in neuem Glanze auf.“ Als Beispiel wurde mir das Dorf Haidemühl gezeigt. 1993 haben die rund 600 Einwohner erfahren, „dass ihr Dorf dem Braunkohletagebau weichen muss. Jedes Grundstück und jedes Haus wurde erfasst und nicht mit dem gegenwärtigen Wert berechnet, sondern mit dem, was ein neues Haus kosten würde. So entstand ein völlig neues Dorf mit Gemeinschaftshaus, Feuerwehrstation und Einkaufszentrum. Sieht man sich auf alten Fotos das Dorf vorher und jetzt das neue an, kann man nur feststellen, dass sich die Lebensumwelt der Einwohner wesentlich verbessert hat.“ (Auszug aus dem paperpress-Newsletter vom 17.

August 2016.) Seine angestammte Heimat, Haus und Hof zu verlieren, ist ein einschneidendes Erlebnis. Anders als anderswo auf der Welt, wo das Wort Rechtsstaat im Lexikon nicht vorkommt, bleibt bei uns aber niemand auf der Strecke. Das neue Haidemühl hätte bei jedem Wettbewerb „das schönste Dorf“ einen der vorderen Plätze belegt.

Für wen kämpfen also die Besetzer von Lützerath? Gegen wen ist klar, gegen den verhassten Staat. Geht es um Klimaschutz oder um Kriegsspiele auf und unter der Erde und auf Bäumen? Was ich mich immer frage, ist, was machen diese Leute eigentlich beruflich? Womit verdienen sie ihren Lebensunterhalt?

Von heute bis Ende des Monats finden allein in Berlin rund 250 Demonstrationen statt. Die Polizei informiert auf einer eigenen Seite darüber.

<https://www.berlin.de/polizei/service/versammlungsbehoerde/versammlungen-aufzuege/>

Ein schöner Service der Polizei, kann sich doch jeder sein Thema aussuchen, wofür er immer schon mal auf die Straße gehen wollte.

Von „Revolutionsgarden des Islamischen Regime auf die Terrorliste der EU einsetzen“, über „Wir wollen eine neue Politik in Berlin“ (nächste Gelegenheit: Wahl am 12. Februar), „Den dritten Weltkrieg stoppen“, „Beendigung der deutschen Kriegspolitik, keine direkten und indirekten Waffenlieferungen...die unverzügliche Aufhebung aller Sanktionen gegen die russische Föderation - Frieden mit Russland“, bis hin zu „Umgestaltung des Hermannplatzes und der Abriss von Karstadt“, „Für die Menschenrechte in Nordkorea“ und „Wir pfeifen auf Stuttgart 21“ ist für jeden Geschmack und jede Ansicht etwas dabei.

Und alle Demonstrationen werden von der Polizei begleitet und geschützt, was für selbstverständlich gehalten wird. Ist es Polizeigewalt, wenn diese gegen deren Willen Demonstranten von einem Gelände entfernen, das sie widerrechtlich betreten haben? Man kann auch von früh bis spät die raffsüchtigen Energiekonzerne beschimpfen. Ob es einem passt oder nicht, ohne sie wäre die Bude kalt und im Kühlschrank würde die Tiefkühlpizza verschimmeln.

Jeder kann gegen alles demonstrieren, der Spaß hört für mich aber dann auf, wenn ich in meiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt werde. Ein gutes Ziel rechtfertigt keine Straftat. Robin Hood war kein Held, sondern ein Dieb. Die Selbstgefälligkeit etlicher Demonstranten kotzt mich an.



Ständig wird in unserem Land gegen etwas gekämpft. Die Grünen haben den Autofahrern den Krieg erklärt, sorry, aber ein anderes Wort fällt mir dazu nicht ein.

„Die einseitige Politik gegen das Auto steht im Widerspruch mit steigenden Einwohner- und Kfz-Zulassungszahlen.“, sagt die CDU.

„Verkehrssenatorin **Bettina Jarasch** hat die Pläne des Senats verteidigt, die Zahl der öffentlichen Parkplätze in Berlin deutlich zu verringern.“ Dazu erklärt CDU-Chef **Kai Wegner**: „Der Kampf der Grünen gegen Parkplätze ist unsozial. Gerade viele Gering- und Normalverdiener ohne Privatparkplatz oder Tiefgarage leiden unter dem Wegfall. Viele Berliner sind auf das Auto angewiesen, um Familie, Beruf und Einkäufe unter einen Hut zu bringen. Diese normalen Berliner sind die Leidtragenden der grünen Parkplatzpläne.“

Unter SPD, Grünen und Linken gibt es schon jetzt immer längere Staus, in denen Autos, Busse und Trams steckenbleiben. Die Parkplatzsuchverkehre nehmen zu, es fehlen Pendler-Stellplätze, genügend Ladepunkte, Fahrrad-Parkhäuser und sichere Radwege. Von einer stadtverträglichen Verkehrswende, die die Menschen mitnimmt, ist der Senat weiter entfernt denn je.

Eine einseitige Politik gegen das Auto ist mit mir nicht zu machen. Angesichts steigender Einwohnerzahlen und Kfz-Zulassungen müssen wir unsere Verkehre neu und vor allem intelligent steuern. Das gelingt mit grünen Wellen und einem klugen Baustellenmanagement mit Bonus-Prämien als Anreiz. Wir brauchen mehr Parkhäuser und Tiefgaragen in der Stadt. Mit mehr Park&Ride-Angeboten erleichtern wir Pendlern den Umstieg auf die Öffis. Wer hingegen wie die Grünen Straßen zurückbauen und wahllos Parkplätze entwiden will, gibt die falschen Antworten.“

Die Grünen in Tempelhof-Schöneberg arbeiten weiter daran, die Magistrale B 96 mit Pollern vollzustellen, um den Fahrradfahrenden ein sicheres Vorkommen zu ermöglichen. Anwohner können sehen, wo sie bleiben, Kunden der immer weniger werdenden Geschäfte am Tempelhofer und Mariendorfer Damm können ja mit einem Lastenfahrrad ihre Einkäufe erledigen. Was ist eigentlich mit Behinderten oder Ärzten, die einen Anspruch auf einen Parkplatz vor der Tür haben müssten? Sollen sie umziehen?

Die Fahrradlobbyistin **Saskia Ellenbeck**, hauptberuflich Grüne Verkehrsstadträtin in Tempelhof-Schöneberg,

will am Montag, dem 16. Januar 2023, um 10:00 Uhr, die nächste Rakete zünden. „In der kommenden Woche fällt der Startschuss für den Baustart der Radverkehrsanlage auf dem Mariendorfer Damm. Nachdem die Anlage auf dem Tempelhofer Damm bereits 2022 erfolgreich umgesetzt wurde, werden nun die Arbeiten für den Bereich zwischen Alt-Mariendorf und Ullsteinstraße beginnen.“

„Ich freue mich sehr, dass die wichtige Nord-Süd-Radverkehrsverbindung nun auf dem Mariendorfer Damm ihre Fortsetzung findet. Nach Abschluss der Arbeiten wird hier weitere 2,7 km geschützte Radverkehrsanlage in beide Richtungen entstanden sein.“, erklärt Frau Ellenbeck. „Nach jetzigem Stand soll der Abschluss der Arbeiten im 3. Quartal diesen Jahres vollzogen sein. Dann wird auch dieser Bereich der Radverkehrsanlage vollständig mit Pollern geschützt sein.“ Der Wahnsinn nimmt seinen Lauf.



Foto: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Apropos Lauf. Während die Grünen die neuen Rennstrecken für ihre Drahtesel feiern, gehen die Sozialdemokraten zu Fuß, wie hier bei einem Rundgang durch Lichtenrade mit Stadtentwicklungssenator **Andreas Geisel**, Stadtentwicklungstadträtin **Angelika Schöttler** und der Abgeordneten **Melanie Kühnemann-Grunow**. Der Verkehrsfunk meldet heute, Stau stadtauswärts auf dem Lichtenrader Damm und in der Bahnhofstraße, woran die SPD-Politiker nicht Schuld sein können.

Kommen Sie gut voran und glauben Sie keinem Slogan auf den Wahlplakaten.

**Ed Koch**